

Frankfurter Polizeipräsidium bei Uni-Übergriffen in der Kritik: Hat der Glaube an die Einzelfall-Propaganda blind gemacht?

Wer die täglichen Pressemeldungen in den vergangenen Wochen verfolgt hat, konnte bemerken: Je öfter sich das Polizeipräsidium in Sachen sexueller Übergriffe an der Uni äußerte, desto mehr verwickelte es sich in Widersprüche - bis hin zur völligen Unglaubwürdigkeit.

„Jetzt ist ein Täter gefasst“, sagt Horst Reschke, sicherheitspolitischer Sprecher der AfD im Römer. „Racial profiling hin und her, er ist nunmal indischer Herkunft. Und wie sich im Laufe der Zeit herausstellte, wurden neben den bereits vier angezeigtten Taten im gleichen Zeitraum noch drei weitere Studentinnen Opfer des Serientäters und weiterer Akteure“, so Reschke mit Verweis auf Presseberichte. „Liest man die Lokalteile der drei Frankfurter Tageszeitungen, so ergibt sich daraus, - wenn auch verklausuliert -, dass die Polizei der Öffentlichkeit Informationen über die sexuellen Übergriffe auf Studentinnen vorenthalten hat“, stellt der AfD-Stadtverordnete fest. Das Polizeipräsidium hatte erst nachgezogen, als die Uni-Präsidentin die Vorfälle öffentlich machte. Und damit nicht nur bei der Studentenvertretung Asta Fragen nach der Kommunikationsgeschwindigkeit der Polizei aufgeworfen.

„Mit welchem Recht informiert die Polizei darüber nicht augenblicklich die Presse? Insbesondere hätte sie das tun müssen, als vermutet wurde, dass es sich immer um denselben Täter handelte, der den Uni-Campus zu seinem Tatort machte. Erst zu dem Zeitpunkt, als die Uni-Präsidentin aus Gründen der Fürsorge für die Studentinnen vor der Gefahr warnt, hängte sich die Frankfurter Polizei mit dran und gab ihre Erkenntnisse preis“, merkt Reschke an.



„Für die AfD ergibt sich der erschreckende Eindruck, dass man es unterlassen hat, sich sofort an die Presse und damit an die Öffentlichkeit zu wenden. Wenn es dann aus dem Polizeipräsidium heißt, man habe den Täter nicht durch uniformierte Streifen vertreiben wollen, bedeutet das aber auch, dass man die ahnungslosen Studentinnen quasi zu Lockvögeln gemacht hat“, fährt der AfD-Stadtverordnete fort.

„Wir Stadtverordnete der AfD fordern den Oberbürgermeister auf, sowohl beim Innenminister als auch im Polizeipräsidium darauf zu dringen, dass solche Vorfälle der Presse mitgeteilt werden! Nicht zuletzt um einer aufkommenden Gefährdung vorzubeugen“, fährt Reschke fort.

Fortsetzung Seite 2 >

Frankfurter Polizeipräsidium bei Uni-Übergriffen in der Kritik: Hat der Glaube an die Einzelfall-Propaganda blind gemacht?



„Die AfD verlangt von den für die Sicherheit unserer Stadt Verantwortlichen, dem Oberbürgermeister und Dezernenten, angesichts der Zahl der Opfer aufzuklären, wie die Polizei diese taktische Fehlentscheidung rechtfertigt! Hat die Polizei etwa an den berüchtigten Einzelfall geglaubt und nichts an die Presse weitergegeben, weil es auch nicht in die politische Korrektheit passte?“, hakt der sicherheitspolitische AfD-Sprecher nach.

„Wenn Sicherheitsdezernent Markus Frank sein Amt ernst nimmt, - und er ständig seine gute Zusammenarbeit mit der Frankfurter Polizei hervorhebt -, soll er sich doch mal die Einsatzpläne und die Streifenberichte im Zusammenhang mit den Übergriffen an der Uni zeigen lassen. Den Eindruck, den ein Mitglied des Asta-Vorstandes geäußert hat, dass die Polizei hier die Mitteilungen verweigert hat, ist die einzig richtige Schlussfolgerung“, stellt Reschke fest. „Erstaunlich nur, dass die Presse diese Farce mitmacht und nicht merkt, dass auch sie Opfer dieser Straftaten geworden ist, indem man ihr das Recht auf Information vorenthalten hat“, schließt der AfD-Stadtverordnete.

Laut einem Bericht der Bild laufen unterdessen auch Eltern Sturm. *„Da die Polizei pflichtwidrig unterlassen hat, geeignete Maßnahmen der Gefahrenabwehr zu treffen und die Öffentlichkeit zu unterrichten, wäre es möglich, dass spätere Opfer einen Schadenersatzanspruch gegen das Land Hessen haben“, merkt der sicherheitspolitische Sprecher der AfD abschließend an.*

Zukunft der Städtischen Bühnen: Kostensenkende Maßnahmen bei Neubau ausloten

Darüber, dass die Städtischen Bühnen in Frankfurt auch bei einem Neubau am derzeitigen Standort Willy-Brand-Platz verbleiben sollen, herrscht bei der AfD im Römer mit den restlichen Parteien Konsens. Um jedoch sachgerecht beurteilen zu können, ob die Bühnen lieber saniert oder ganz neu gebaut werden sollten, sind über das seit Sommer 2017 vorliegende Gutachten hinaus weitere Informationen erforderlich. Denn die darin veranschlagten Kosten von fast einer Milliarde Euro sind für die AfD in jedem Fall indiskutabel.

„Es muss geprüft werden, welche grundsätzlichen Möglichkeiten bestehen, in einem neu zu errichtenden Gebäudekomplex Schauspiel/Oper am derzeitigen Standort weitere Nutzungsmöglichkeiten unterzubringen“, sagt Monika Krause, Mitglied des Kultur- und Freizeitausschusses.

„Das soll der Magistrat in Auftrag geben. So könnte eine Aufstockung des Gebäudes für Hotels, Wohnungen oder Büros die Kosten für das Projekt erheblich reduzieren“, erklärt Krause.

Denkbar wäre z.B., das gesamte Grundstück einem Bauträger für eine vorgegebene Bebauung zu überlassen. Gebunden an die Auflage, in das zu errichtende Gebäude die Städtischen Bühnen in einer bestimmten Weise und zu festgelegten Konditionen zu integrieren.

Grundsätzlichen Bedarf an Sitzplätzen auf den Prüfstand stellen

„Der Magistrat sollte zudem untersuchen lassen, welche grundsätzlichen Lösungen für die Aufrechterhaltung eines Spielbetriebes während der Bauphase für einen Neubau bestehen“, fährt die AfD-Stadtverordnete fort. *„Vorstellbar wäre ein Teilabriss des bestehenden Gebäudes mit vorläufig weiterer Nutzung des noch verbleibenden Bereichs. Auch die Errichtung eines temporären Gebäudes an anderer Stelle halten wir für eine Option“,* regt die Stadtverordnete der AfD an.

„Zu guter Letzt beauftragen wir den Magistrat, zu prüfen, wie der Bedarf an Zuschauerplätzen für das Schauspiel- bzw. Opernhaus mittel- bis langfristig einzuschätzen ist. Sinnvollerweise muss analysiert werden, ob sich das Freizeitverhalten schon soweit verändert hat, dass die Anzahl der vorgehaltenen Plätze überdimensioniert ist. Allein vor dem Hintergrund der extrem hohen Zahl von Freikarten ist diese Vermutung nicht von der Hand zu weisen. Eine langfristige Bedarfsanalyse sollte hier unbedingt mehr Klarheit schaffen“, sagt Krause.

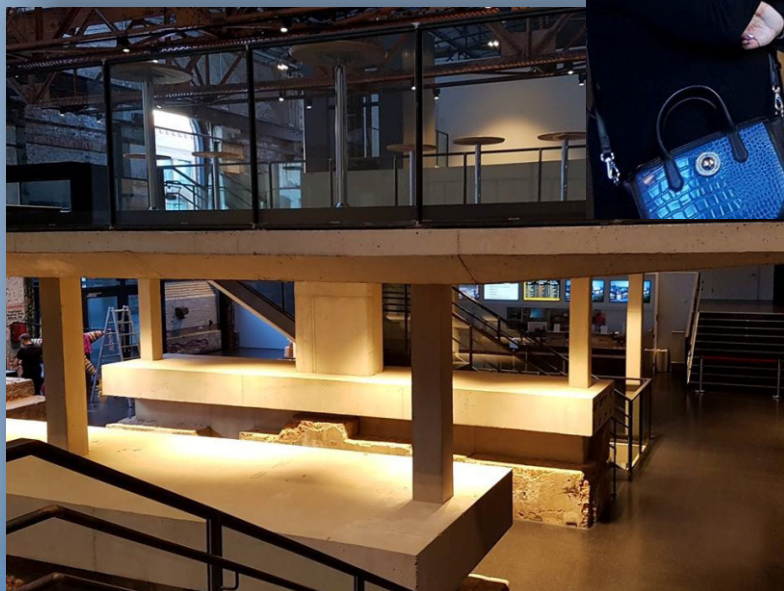


Die AfD Fraktion informiert sich im Dresdener Kraftwerk Mitte über die Erfahrungen beim Umbau zu einer Spielstätte.



Die AfD informiert sich im Dresdener Kraftwerk Mitte über die Erfahrungen beim Umbau zu einer Spielstätte.

Der wettbewerbliche Dialog der Dresdner klingt auch für Frankfurt interessant.



Den Dresdnern ist es mit ihren stadteigenen Unternehmen gelungen, einen Theater-Komplex mit 1.300 Plätzen für 120 Mio. Euro zu verwirklichen.

Islamischer Kulturverein wäre auf Grundstück ‚In der AU‘ sicher gut aufgehoben – und besonders willkommen!

Dem Oberbürgermeister ist zuletzt ein offener Brief der Bürgerinitiative Bessemerstraße zugegangen. Darin bitten die Anwohner Herrn Peter Feldmann dringend, ein Alternativgrundstück für die Unterbringung des vor Ort geplanten islamischen Kulturzentrums zu finden. Und in Enkheim stattdessen lieber dringend benötigte Wohnungen zu bauen. Dieses Begehren hat die AfD im Römer nun aufgegriffen. Sie hat den Magistrat beauftragt, dem Verein ‚Islamische Informations- und Serviceleistungen e.V.‘ einen Teil des Grundstücks ‚In der Au 14-16‘ für dessen geplantes Kulturzentrum zur Verfügung zu stellen.



Im vergangenen Jahr hat der Verein ‚Islamische Informations- und Serviceleistungen e.V.‘ das Grundstück Bessemerstr. 7 in Enkheim erworben, um dort ein Kulturzentrum zu errichten.

„Sowohl aus Sicht des Vereins als auch nach Meinung der Anwohner ist das Enkheimer Grundstück denkbar ungeeignet für diesen Zweck“, sagt Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer.

„Die Stadt Frankfurt ist zwar Eigentümerin zahlreicher Grundstücke, die jedoch aufgrund anderweitiger Nutzung nicht zur Verfügung stehen. Dies gilt jedoch nicht für das Anwesen ‚In der Au 14-16‘, das über 30 Jahre illegal besetzt ist und von der Stadt nicht genutzt wird. Das unrechtmäßig okkupierte Gebäude müsste dabei ebenso in die Planungen einbezogen werden, da das Grundstück ausreichend Platz für weitere Gebäude – wie z.B. ein Kulturzentrum – bietet“, regt der AfD-Fraktionschef an.

„Denn: Die Förderung eines interkulturellen Austausches zwischen den derzeitigen und zukünftigen Nutzern des Grundstückes wäre ein weiterer Vorteil der beantragten Grundstücksüberlassung. Entweder die Bewohner der ‚Au‘ können mit der Zusammenlegung endlich ganz konkret die Verwirklichung der ihrerseits propagierten kulturellen diversity feiern. Oder aber die bald 35jährige Besetzung findet aufgrund von Desillusion irgendwann im Angesicht gelebter Realität ein natürliches Ende“, schließt Rahn.

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter: www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich.

Nächster Sitzungstermin : **01. März 2018**

Anmeldung unter: einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag - Donnerstag 10 - 15 Uhr

Mail: info@afd-im-roemer.de

Tel.: 069 - 212 46 222

Internet: www.afd-im-roemer.de

IMPRESSUM

AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktionsvorsitzender)